



**Juli 2025**

## Die Stadt gehört uns allen! Gegen das Bettelverbot im HVV

Bereits seit 2004 gilt in Bussen und Bahnen des HVV ein Bettelverbot. Vor einem Jahr wurden die Kontrollen jedoch verschärft, Durchsagen und Werbefilme geschaltet, so dass Mitreisende zusätzlich "angeheizt" wurden, Menschen in Not zu attackieren.

Mehr als 2.300-mal wurden Bußgelder verhängt.



Gegen das Bettelverbot haben das Hamburger Straßenmagazin "Hinz & Kunzt", die Gesellschaft für Freiheitsrechte sowie zwei Betroffene beim Amtsgericht Hamburg Klagen eingereicht.

"Das pauschale Bettelverbot würde das Persönlichkeitsrecht und die Meinungsfreiheit armutsbetroffener Menschen verletzen ...", so ihre Argumentation. (zum „Bündnis Hansaplatz“ auch S. 5)

*Foto von der Kundgebung am 20.6. in Altona. Bild und Text (ena)*

**Redaktionsschluss** für die August-Ausgabe:  
**Freitag, 01.08.2025**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

Gaza: Großdemo in Berlin	S. 2
Neues Mitglied der Bezirksfraktion	S. 3
Sommerfest am Spielhaus	S. 3
Bezirksmitgliederversammlungen	S. 4
Gefährlicher Ort Hansaplatz	S. 5
Erinnerung an Bruno Meyer	S. 5
Film ‚No other land‘	S. 7
Gegen den Veteranentag	S. 8
Antiziganismus	S. 9
Kundgebung Billstedt	S. 11
Fahrradsternfahrt: vertane Chance	S. 11
Termine / Kontakt	S. 12

## Unser Maßstab ist die Menschlichkeit – Großdemo am 19.7.25 in Berlin

Besondere Zeiten erfordern Mut und Haltung. Wenn Menschenrechte verletzt werden, müssen wir als Linke unsere Stimme erheben – gerade auch dann, wenn die Regierung sich weg duckt.

Das Völkerrecht kann nur dann Leitlinie einer internationalen Ordnung sein, wenn es Maßstab allen staatlichen Handelns ist und auch diejenigen schützt, die wir politisch bekämpfen. Deswegen verurteilen wir als Linke auch die Luftangriffe der israelischen Armee auf den Iran. Nicht, weil wir auch nur irgendeine Form der Sympathie mit dem radikalislamistischen Mullahregime empfinden würden, das seine eigene Bevölkerung unterdrückt, foltert und hinrichtet. Nicht, weil uns der Gedanke an Atomwaffen in den Händen von Fundamentalisten nicht zutiefst beunruhigen würde. Sondern weil wir das Völkerrecht achten. Weil wir wissen und auch jetzt schon sehen, dass die größten Leidtragenden am Ende immer die Zivilbevölkerungen sind, wie uns die Toten und Verletzten in Isfahan und Beersheva beweisen.

Die geopolitische Dimension des Krieges zwischen Israel und dem Iran, in den am 22.6. nun auch noch die USA eingegriffen haben, hat zur Folge, dass die Augen von Regierungen und Medien sich verstärkt hierauf gerichtet haben. Die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Gaza, das Leid, der Tod und der Hunger der Palästinenser\*innen drohen an Aufmerksamkeit zu verlieren. Und auch der innerisraelische Protest



gegen Netanjahu wird durch die ständigen Luftalarme und den Raketenbeschuss erschwert und droht zum Erliegen zu kommen.

Der Parteivorstand hat bereits vor einer Weile entschieden, eine gemeinsame Demonstration mit Bündnispartner\*innen auf die Beine zu stellen, und die aktuellen Entwicklungen bestätigen für uns die Richtigkeit dieser Entscheidung. Diese Demonstration wird am 19. Juli in Berlin stattfinden. Den Aufrufertext veröffentlichen wir in den nächsten Tagen.

Um eine breite Mobilisierung auch aus Hamburg zu ermöglichen, haben wir uns entschieden, das Sommerfest, das eigentlich ebenfalls an diesem Tag stattfinden sollte, zu verschieben. Haltet euch das Datum aber weiterhin frei, denn der Hamburger Landesverband fährt nach Berlin!  
(Webseite des Landesverbands)

### Beschluss des Parteivorstandes vom 14. Juni 2025

## Unterstützung für Gaza

Der israelische Angriff auf den Iran ist völkerrechtswidrig und höchst gefährlich. Er stellt eine weitere Eskalation in der Ausdehnung des Nahostkonflikts dar. Die humanitäre Notlage im Gazastreifen wird immer katastrophaler. Zehntausende Menschen haben ihr Leben verloren. Teile des Gazastreifens sind flächendeckend ausgebombt. Lange sind humanitäre Hilfslieferungen behindert worden. Die Menschen vor Ort haben ein Recht darauf, dass sich der Wille zum Frieden durchsetzt. Ohne internationalen Druck ist dies jedoch unwahrscheinlich. Auch Deutschland hat eine Mitverantwortung für die Lage vor Ort. Diplomatischer Druck von EU-Staaten hat dazu geführt, dass die israelische Regierung einige wenige Lkw

mit Hilfsgütern in den Gazastreifen hineingelassen hat. Doch der andauernde Krieg gegen die Zivilbevölkerung und der Hunger in Folge der Blockade bedrohen weiter Hunderttausende in Gaza. Nur ein sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand kann diesen Zustand beenden.

Wir halten es für überaus wichtig, dass die gesellschaftliche Stimmung gegen diesen grausamen Krieg auch in Mobilisierung auf die Straßen mündet. Der Krieg in Gaza muss in die deutsche politische Öffentlichkeit getragen werden. Deshalb wollen wir zu einer Demo oder Kundgebung im Juli aufrufen und gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, mit denen wir dazu bereits Gespräche führen, dahin breit mobilisieren.

Aus der Bezirksfraktion

## Neues Mitglied in der Bezirksfraktion Hamburg-Mitte.

Am Montag, den 16. Juni 2025, hat die Fraktion Die Linke in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte einstimmig beschlossen, Carina Sickau auf eigenen Wunsch in die Fraktion der Linken aufzunehmen.

Die Fraktionsvorsitzenden, **Nora Stärz** und **Marius Stehmeier** erklärten: „Wir freuen uns mit Carina Sickau zusammen eine neue Mitstreiterin für mehr soziale Gerechtigkeit gefunden zu haben und damit in Zukunft gemeinsam in der Bezirksversammlung diese zentralen Fragen im Sinne der Bürger\*innen zum Thema machen zu können.“

Das neue Mitglied der Fraktion die Linke, **Carina Sickau**, erklärte: „Selbstverständlich ist es für mich kein leichter Schritt gewesen nach so vielen Jahren die Grünen zu verlassen. Aber die soziale Entwicklung in den letzten Jahren, die zunehmende Armut, Wohnungsnot und die Folgen der steigenden Obdachlosigkeit haben in mir die Gewissheit wachsen lassen, dass die Hamburger Stadtgesellschaft eine noch lautere Stimme gegen die soziale Ungerechtigkeit braucht. Davon möchte ich in Zukunft ein Teil sein.“

Carina Sickau hatte am Wochenende zuvor ihren Austritt aus Partei und Fraktion der Grünen in Hamburg-Mitte erklärt.

## Das Spielhaus Danziger Straße – bleibt, weil wir es brauchen!



Das Spielhaus in St. Georg ist mehr als ein Ort zum Spielen. Es ist ein **von unten aufgebauter Freiraum** – für Kinder, Familien und die ganze Nachbarschaft. Es steht für **Solidarität statt Ausgrenzung**, für Teilhabe statt Kommerz.

Hamburger Spielhäuser haben eine lange Tradition: Seit den 1950ern entstanden sie durch zivilgesellschaftliches Engagement, nicht durch Verwaltungsvorgaben. Sie wurden **erstritten – nicht geschenkt**. Auch das Spielhaus in der Danziger Straße wurde in den 1990ern durch engagierte Nachbar\*innen erkämpft – als Antwort auf soziale Notlagen und fehlende Räume. Gerade in einem Stadtteil wie **St. Georg**, der unter **Verdrängung, Gentrifizierung und wachsender Ungleichheit** leidet, braucht es Orte wie diesen:

- Für Kinder ohne Garten und mit wenig Platz zuhause
- Für Familien, die sich teure Betreuung nicht leisten können
- Für alle, die nachbar\*innenschaftliche Gemeinschaft leben wollen

Doch genau solche Orte sind bedroht!

**Wir sagen: Das Spielhaus muss bleiben – und gestärkt werden!**

**Soziale Orte sind kein Luxus. Sie sind Daseinsvorsorge.**

Wer Spielhäuser schwächt, schwächt das soziale Miteinander.

Wer sie stärkt, baut eine gerechtere Stadt.

**Wir fordern:**

- Eine sichere, langfristige Finanzierung des Spielhauses
- Politische Rückendeckung statt weiterer Kürzungen
- Den Schutz und Ausbau solidarischer Strukturen im Stadtteil

**Kommt zum Sommerfest!**

**📅 Sonntag, 06. Juli, 🕒 ab 15 Uhr**

**📍 Spielhaus Danziger Straße**

Mit Spiel, Musik, Leckerem vom Grill, Kuchen, Getränken & Raum für Austausch.

Für Kinder, Freund\*innen, Nachbar\*innen – für alle, denen dieser Ort am Herzen liegt.

**Spenden – damit das Spielhaus bleibt!**

Unterstützt das Spielhaus mit eurer Spende – jeder Beitrag hilft, diesen Ort zu erhalten: **Spielhaus Danziger Straße e. V.**

**IBAN: DE30 2005 0550 1026 2256 39**

*Verwendungszweck: Spende Spielhaus*

**Für Kinder. Für Freiräume. Für eine solidarische Stadt.**

**Das Spielhaus gehört zu St. Georg – und wir kämpfen dafür, dass es bleibt. Gemeinsam.**

Nora Stärz

## Bezirksmitgliederversammlungen (BMV) und Mitgliedertreffen (MT)

Der Bezirksvorstand hat am 26.6. beschlossen, dass wir im Jahr zwei Bezirksmitgliederversammlungen (BMV) und zwei Mitgliedertreffen (MT) veranstalten. Dies ist begründet in den hohen Kosten und der Organisation für solche Veranstaltungen. Wir wollen für möglichst viele Mitglieder bei solchen Veranstaltungen die Teilnahme gewährleisten können.

*Anmerkung für neue Genoss:innen: Auf einer BMV werden Entscheidungen von den Mitgliedern im Bezirksverband Die Linke Hamburg-Mitte getroffen. Deshalb sind alle, die schon länger als 6 Wochen Mitglied im Bezirksverband sind, stimmberechtigt. Von der Mitgliedschaft können auch Anträge eingebracht und zur Abstimmung gestellt werden. Zu einer BMV muss fristgerecht 4 Wochen vor dem Termin der Versammlung eingeladen werden.*

*Bei einem Mitgliedertreffen finden Diskussionen über relevante politische Themen statt. Entscheidungen werden hier nicht getroffen. Es gibt hierfür keine Einladungsfrist.*

In diesem Jahr gab es schon eine BMV am 26.4. zur Wahl des neuen Bezirksvorstandes. In diesem Jahr wird es deshalb nur noch eine BMV geben, die am

6.9.2025 im Kulturpalast Billstedt stattfinden wird. Bei dieser BMV ist der Fokus auf den bevorstehenden Landesparteitag am 27.9./28.9. gerichtet. Zusätzlich wird es noch Raum geben für weitere Themen an diesem Tag.

Jedes Mitglied in unserem Bezirksverband hat satzungsgemäß die Möglichkeit, Anträge an den Landesparteitag zu stellen.

Hierfür könnt ihr folgende E-Mail Adresse verwenden: [antragskommission@die-linke-hamburg.de](mailto:antragskommission@die-linke-hamburg.de)  
Antragsfrist ist hier wieder 4 Wochen vor dem 27.9.

Wenn ihr möchtet, dass der Bezirksverband einen Antrag auf dem Landesparteitag einbringt, so könnt ihr diesen Antrag an den Bezirksvorstand [info@die-linke-hamburg-mitte.de](mailto:info@die-linke-hamburg-mitte.de) schicken.

Antragsfrist ist hierfür der 27.8.25.

Wenn ihr weitere Fragen zu dieser Thematik habt, dann bitte eine E-Mail an [info@die-linke-hamburg-mitte.de](mailto:info@die-linke-hamburg-mitte.de).

Wolfgang Strauß  
i.A. des BeVo Hamburg-Mitte

---

## Antrag an den Bezirksvorstand DIE LINKE Hamburg-Mitte

Zur Sitzung des Bezirksvorstands am 26.6. haben einige Genoss:innen den folgenden Antrag eingebracht. Der Antrag wurde nicht behandelt, wir werden ihn daher zur nächsten Sitzung des BeVo am 15.7. erneut einreichen. Wer den Antrag mit unterstützen möchte kann sich per Mail an uns wenden ([ida.rockenbach@gmail.com](mailto:ida.rockenbach@gmail.com)). Wer mit darüber diskutieren möchte ist eingeladen zur nächsten BeVo Sitzung dazu zu kommen.

Mit solidarischen Grüßen,  
Ida Rockenbach und Alexander Benthin

### **Mitglieder den Erfordernissen entsprechend zusammenbringen!**

Der Krieg in Nahost wird eskaliert, Hamburg soll NATO-Hafen und nicht nur erneut Austragungsort kommerziell zugerichteter Olympischer Spiele werden, sondern auch des NATO Manövers „Red Storm Bravo“. Wir alle sollen kuschen vor Trump.

In solcher Lage brauchen wir den Austausch und die Initiative, um gemeinsam argumentations- und handlungsfähig zu sein - erkennbarer Akteur wider den Wahnsinn. Jetzt erst recht Abrüstung, insbesondere atomare! Jetzt erst recht soziale Investitionen statt 5-Prozent-Ziel der NATO! Jetzt erst recht Maßnahmen für eine intakte Umwelt und Bildung und Kultur für eine menschliche Zukunft!

Der Bezirksverband beschließt daher:

Mindestens alle zwei Monate findet eine Mitgliederversammlung (BMV) statt, bei der wir Mitglieder uns zu relevanten gesellschaftlichen, bezirklichen und parteilichen Herausforderungen austauschen, diskutieren und gemeinsame Positionen sowie Aktivitäten entwickeln können. In den Monaten dazwischen findet jeweils eine bezirkliche Bildungsveranstaltung statt, bei der strittige Fragen vertieft werden bzw. grundlegende Analyse in Bezug auf komplexe Problemstellungen unternommen wird. So werden wir gemeinsam entwicklungs- und veränderungsfähig!

Um das Parteileben sofort in Schwung zu bringen laden wir ein:

1.) Ein Mitgliedertreffen im Juli, bei dem wir uns zur aktuellen Kriegs-Lage austauschen können. Hin auf Aktivitäten und Proteste, speziell auch wider das bevorstehende NATO-Manöver im September.

2.) Eine Bezirksmitgliederversammlung im August zur Lage im privatisierten Hafen - für zivile und soziale Gestaltungsperspektive, mit politisch und gewerkschaftlich Aktiven aus dem Hafen. Außerdem bereiten wir hier der Landesparteitag vor, damit wir als Bezirksverband Hamburg-Mitte den Parteitag aktiv, auch mit Anträgen aus der Basis, mitgestalten.

*Antragsteller:innen: Gunhild Berdal, Ida Rockenbach, Alexander Benthin, Kristian Glaser, Laurin Kirbach, Ulrike Schirrmann*



Bild: city/data/explosion

## Veranstaltung am Dienstag, 08.07.2025, 19:30 - 21:30 Uhr im Kölibri, GWA St. Pauli, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg

Der Hansaplatz: Im Zentrum Hamburgs, unweit von Alster und Shoppingmeile – und trotzdem laut Polizei ein „gefährlicher Ort“. Im Sommer 2023 startete die Polizei Hamburg in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut dort ein KI-Überwachungsprojekt, das „atypisches Verhalten“ erkennen und melden sollte, mit dem Ziel, den Hansaplatz wieder „sicher“ zu machen.

Aber um wessen Sicherheit geht es dabei? Wie hat sich das Narrativ um den Hansaplatz als „gefährlichen Ort“ historisch entwickelt? Und wie greifen Normvorstellungen und bestehende Machtstrukturen beim Einsatz von KI zur Verhaltensüberwachung am Hansaplatz auf problematische Weise ineinander?

In dem Vortrag werden Vertreter\*innen aus dem **Bündnis Hansaplatz** diese Themen beleuchten und dabei auch die irreführende Kommunikation der Hamburger Behörden zur Wirksamkeit der KI-Überwachung in Frage stellen.

Das Bündnis Hansaplatz hat sich im Sommer 2023 nach Bekanntmachung der KI-Überwachung am Hansaplatz gegründet und besteht aus Anwohner\*innen, Aktivist\*innen und IT-Expert\*innen. Statt KI-Überwachung und Repressionen fordern sie unter dem Motto #ReclaimHansaplatz eine Verbesserung der sozialen Umstände vor Ort.

Veranstaltung der rls

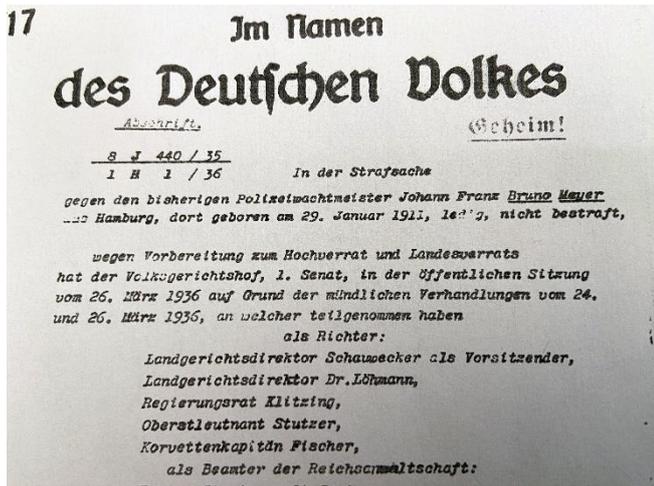
## Er wollte Fiete Schulze und Etkar André aus der Gestapo-Haft befreien – Erinnerung an Bruno Meyer

Im Juni vor 90 Jahren wurde der Widerstandskämpfer Fiete Schulze von den Nazis ermordet, ein Jahr später brachten sie auch Etkar André um. Beide haben in der antifaschistischen Erinnerungskultur der Stadt prominente Plätze, Fiete Schulze besonders in Schiffbeck, wo er einer der Aktivisten des Hamburger Aufstands 1923 war. Untrennbar verbunden mit dem Schicksal der beiden Kommunisten sollte ein weiterer Name sein: Bruno Meyer! Denn Bruno Meyer, Mitglied der KPD und wachhabenden Polizist im Untersuchungsgefängnis, hat mit wenigen weiteren Genoss:innen den unglaublichen Plan gefasst, sie aus der Gestapo-Haft zu befreien! Der Plan ist



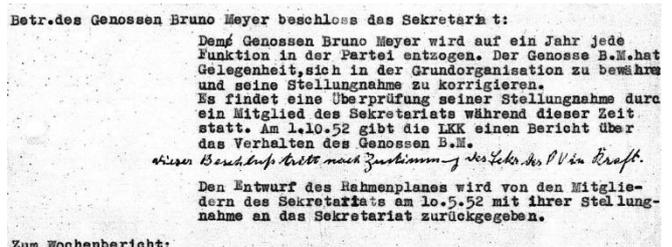
gescheitert. Er hat ihn teuer bezahlen müssen. An ihn erinnert heute kaum etwas.

Der Schriftsteller Christian Geissler hat Bruno Meyer 1976 ein literarisches Denkmal gesetzt – allerdings ohne seinen Namen zu erwähnen. Die Figur des Leo Kantfisch in seinem Roman „Wird Zeit, dass wir Leben“ (1976 / Neuauflage mit Nachwort über den realen Hintergrund) ähnelt Meyer bis ins Detail. Geisslers Roman greift zurück ins Jahr 1923, handelt vor allem von den Kämpfen der Hamburger KPD gegen die Nazis Anfang bis Mitte der 1930er Jahre. Streiks in der Billstedter Jute, Arbeitskämpfe und Straßenschlachten mit der SA, die Landvolkbewegung gegen die erdrückenden Steuern im Hamburger Umland. Im Zentrum steht Leo Kantfisch. 1929, mit 18, tritt er in die KPD ein. Am 1. Januar 1931 beginnt er seine Ausbildung im Polizeidienst. Hier will er später das Abitur nachholen und dann studieren. Doch mit der Machtübertragung an die Nazis sitzt er fest bei einer Polizei, die seine eigenen Leute verfolgt. Da entschließt er sich zum Widerstand.



Durch den ganzen Roman zieht sich die Frage, ob die KPD den Kampf gegen die Nazis auch mit der Waffen führen solle oder nicht. Die Figur des KPD-Funktionärs Schlosser vertritt die offizielle Linie der Partei – gegen den Einsatz von Waffen. Leo steht auf der anderen Seite. Faktengesättigte Fiktion – so kann man den Roman charakterisieren. Aber Literatur lebt auch vom Konjunktiv: Was wäre, wenn ... In „Wird Zeit, dass wir leben“ geht der Plan des Polizisten auf. Als Schlosser verhaftet wird, holen ihn – Ironie der Geschichte – ausgerechnet Leo und seine Genoss:innen in einer bewaffneten Aktion wieder raus.

Bruno Meyer wird verraten, verhaftet, im März 1936 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und danach ins KZ Sachsenhausen überführt. Von dort wird er mit dem Bewährungsbatallion Dirlwanger an die Ostfront geschickt. Er überlebt und kehrt 15 Jahre nach seiner Verhaftung aus der Kriegsgefangenschaft nach Hamburg zurück. Sofort nimmt er seine Arbeit in der KPD wieder auf und wird Sekretär der Landesleitung, bis er – ausgerechnet am 8. Mai 1952 – im Rahmen der stalinistischen Säuberungen seiner Funktion enthoben und zur Bewährung an die Basis geschickt wurde.



Die Wendung seiner Geschichte in Geisslers Roman hat Bruno Meyer abgelehnt und auch sonst nicht viel über seinen Befreiungsversuch gesprochen. Hat das etwas damit zu tun, dass sich die KPD nach 1945 und später die DKP besonders legalistisch gaben? Immerhin wurde er Mitglied der DKP und hat im Kuratorium der Gedenkstätte Ernst Thälmann mitgearbeitet. Im November 1983 ist er gestorben. 90 Jahre nach der Hinrichtung Fiete Schulzes wollen wir auch an Bruno Meyer erinnern.

**Veranstaltung:**

Ein Polizist im Widerstand: Wie Bruno Meyer die KPD-Genossen Fiete Schulze und Etkar André aus der Gestapo-Haft befreien wollte

**Hamburg, 14. Juli, 19.00 Uhr, Geschichtsort Stadthaus, Stadthausbrücke 6, 20355 Hamburg**

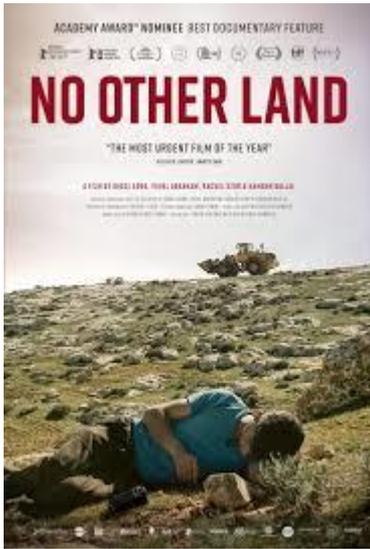
Michael Weber (Deutsches Schauspielhaus) liest aus Christian Geissler: „Wird Zeit, dass wir leben“ (Verbrecher Verlag 2013). Detlef Grumbach beleuchtet anhand zahlreicher Quellen die wahre Geschichte Bruno Meyers.

Anmeldung unter: <https://stadthaus.gedenkstaeten-hamburg.de/de/veranstaltungen>

Detlef Grumbach

**„No other land“, am 2.7.2025, ab 21 Uhr vor dem Philosophenturm (Von-Melle-Park 6)**

**Einführung und Diskussion mit Salah Abdel Shafi, palästinensischer Botschafter in Österreich und ständiger Beobachter des Staates Palästina bei der UNO**



Die Geschichte des Nahostkonflikts ist bis zum heutigen Tag eine Geschichte der skrupellosen, interessegeleiteten Abwälzung jener historischen Verantwortung, die den westlichen Staaten für ihre historischen Gewaltverbrechen an den europäischen Jüdinnen und Juden zukommt, auf die arabisch-palästinensi-

sche Bevölkerung. Die sog. bundesdeutsche „Staatsräson“ ist dabei an verlogenen Geschichtsrevisionismus kaum zu überbieten. Die aus dem kategorialen „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ abgeleiteten völkerrechtlichen Bestimmungen der UN-Charta, der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, zahlreicher UN-Resolutionen und des deutschen Grundgesetzes bilden eine eindeutige Verpflichtung zur Durchsetzung der Rechte des palästinensischen Volkes auf souveräne Staatlichkeit, eigenständige politische, ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung sowie die gleichberechtigte Teilhabe in einer dem Frieden verpflichteten internationalen Staatengemeinschaft. Stattdessen wird mit Rekurs auf die deutsche Vergangenheit eine israelische Regierungspolitik gefördert, die all diese Rechte seit Jahrzehnten mit Füßen tritt und mittlerweile einen genozidalen Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser:innen führt, der vor keinem Kriegsverbrechen zurückschreckt und die ganze Welt in Brand zu setzen droht.

Der unverbrüchliche Widerstand der palästinensischen Zivilbevölkerung für Humanität, Recht und Gerechtigkeit, wie er in dem Oscar-prämierten Film „No other land“ von Basel Adra und Yuval Abraham dokumentiert ist, bildet dagegen ein beinahe wundersam erscheinendes, hoffnungsstiftendes Fanal für die zivile Entwicklungsperspektive eines friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in der Welt.

Basel lebt mit seiner Familie in Masafer Yatta, einem grenznahen palästinensischen Dorf im südlichen Westjordanland, dessen Territorium seit 1977 von der israelischen Besatzungsarmee völkerrechtswidrig zur Errichtung eines Truppenübungsplatzes beansprucht wird. Seit seiner Geburt ist er

Teil des Widerstands der Dorfbewohner:innen gegen die Vertreibungsversuche der Armee. Diese erfahren 1999 eine massive Verschärfung, als ein israelisches Gericht die Landnahme „legalisiert“ und der Dorfbevölkerung faktisch jegliches Bleiberecht abspricht. Willkürliche Zerstörungen der rudimentären, lebenswichtigen Infrastruktur (Wasserleitungen, Brunnen, Wohngebäude, Schulen, etc.) nehmen zu, ebenso wie gewalttätige Angriffe bewaffneter jüdischer Siedler. Die schutzlose Bewohnerschaft kämpft dagegen mit Solidarität und unerschütterlicher Courage um ihr Land und Leben. Ab 2018 entscheidet sich Basel, diesen Widerstand zu filmen und verleiht ihm damit ein entscheidendes Sprachrohr in der internationalen Öffentlichkeit. Yuval, ein israelischer Aktivist und Filmjournalist aus dem nahegelegenen Beer-Sheva, schließt sich ihm an. Die tiefe, freundschaftliche Verbundenheit, die zwischen den beiden im gemeinsamen Kampf gegen das zerstörerische Besatzungsregime erwächst, bildet in ihrer spannungsreichen Entwicklung den eigentlichen, revolutionär-aufklärerischen Gehalt der filmischen Erzählung. Gegen alle Verhetzung, Gewalt und strukturelle Ungleichheit gelingt es ihnen, die mit dem Widerstand verbundene, reale Perspektive eines gleichberechtigten Lebens in Frieden, Würde und solidarischer Wohlfühlentwicklung für alle Welt lebendig begreifbar werden zu lassen.

Die Veröffentlichung, Verbreitung und Rezeption des Films in diesen Zeiten ist selbst ein entschiedener Auftrag an die internationale Öffentlichkeit zur engagierten Verwirklichung dieser Möglichkeit. Sie entspricht einer fundamentalen, zivilisationsgeschichtlichen Notwendigkeit.

Wir können und sollten sie – im Bewusstsein unserer besonderen Verantwortlichkeit vor der Geschichte – beherzt wahrnehmen.

International solidarisch – Schluss mit Austerität!

*„Die Bedrückten und Mißbrauchten sind für Gerechtigkeit, aber für sie soll nicht Druck und Mißbrauch aufhören, damit Gerechtigkeit herrsche, sondern es soll Gerechtigkeit herrschen, damit Druck und Mißbrauch aufhöre. Die Bedrückten und Mißbrauchten sind also keine gerechten Leute.“*

Bertolt Brecht, „Me-Ti. Buch der Wendungen“, entstanden im Exil der 1930er Jahre.

---

Der Film wird u.a. auch am 7. Juli um 18 Uhr beim Treffen der Jungen Linken Mitte gezeigt.

-red

## Was gibt es eigentlich Besseres, als den Krieg zu verraten?

Zumal, wenn man dies auf sehr hohem Niveau hier konkret vor Ort in Hamburg mit vielen Mitstreiter:innen tun kann.



Mit unserer Kundgebung konnten wir am Veteranentag gegen die Heldentums-Erzählungen, militärischen Parademarsch und Boris Pistorius deutlich machen, dass es nur eine sinnvolle Perspektive in diesen Zeiten gibt: Den aufrechten Kampf der Vielen für die Überwindung von Ausbeutung und Krieg. In unserem Vorhaben, der Bundeswehr einen möglichst unbequemen Tag zu bereiten, standen uns Mitstreiter:innen aus Friedensinitiativen und das Wetter zur Seite. Neben vielen vorbeilaufenden Passanten zeigte auch die Polizei reges Interesse an der Alternative zur Unterordnung und erschien zahlreich. Gegen uns ist im Verhältnis die stetig erhöhte Frequenz der Zuspitzungen. Nicht nur sollen zukünftig 5% des BIP in das Militär gesteckt werden, auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht soll ermöglicht sein.

Der Aufrüstungswahn ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der deutsche Imperialismus um seine Stellung ringt - wirtschaftlich und damit hegemonial. Doch die Umschichtung von Arbeiter:innen der Autokonzerne zu Rheinmetall ist nicht nur hochgradig unproduktiv und kurzlebig,

### Kundgebung(en) gegen den Veteranentag

"Ziel des Veteranentages sei die ‚geistige Zeitenwende‘ und die Gesellschaft ‚kriegswillig‘ zu machen" - so der friedenspolitischer Sprecher der Linksfraktion, David Stoop, in der aktuellen Stunde der Bürgerschaft.

"Rüstungsausgaben gingen zu Lasten von Bildung, Gesundheitswesen, Wohnen und Umwelt. Eine neue Rüstungsspirale verschärfe die Gefahr globaler Kriege mit allen katastrophalen Folgen, die damit einhergingen." (Text NDR)

Die geringe Beteiligung lässt für weitere Aktionen "Luft nach oben". (ena, auch Foto)



sie birgt vor allem die Gefahr der Eskalation der BRD-gestützten Kriege wie etwa in Palästina oder in der Ukraine.

Trotz alledem will sich die Jugend nicht so recht für den Krieg begeistern lassen. Deshalb braucht es Lobesgesänge auf die glorreichen, aufopferungsvollen Helden der Nation, um die Anstellung bei der Bundeswehr schmackhaft zu machen. Dagegen hilft die klare Wahrheit: Kein Mensch soll im Militär dienen! Kameradschaft ist keine Alternative und Krieg kein Abenteuer. Krieg ist für den Profit der Reichen da – Punkt. Freiheit, Demokratie und Toleranz sind kein westliches Exportgut, sondern Voraussetzung für Solidarität. Die Alternative zur Verpflichtung zur Wehrhaftigkeit und Kriegstüchtigkeit ist der Kampf für eine Gesellschaft, in der Krieg und Militarismus vollständig überwunden sind.

In diesem Sinne gestalteten wir die Kundgebung zusammen mit Mitstreiter:innen durch antimilitaristische und kulturelle Beiträge gegen die Erzählung, die Aufrüstung für den nächsten militärischen Einsatz sei alternativlos und die Bevölkerung habe sich dem unterzuordnen.

Tom & Laurin  
Linksjugend Hamburg

(Mit einem sozialistischen, egalitären Selbstverständnis waren alle willkommen, wie die angefügten Bilder zeigen.)



Schade, dass es drei Kundgebungen waren, die jede für sich eher klein ausfielen. Ich würde mir wünschen, dass wir die Friedensbewegung wieder einen könnten. Nötig wär's. Bernhard

## Antiziganismus

Diskriminierung, Beleidigungen und Ausgrenzung gehören für viele Sinti und Roma weiterhin zum Alltag, etwa auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt sowie in Bildungseinrichtungen.

Laut dem aktuellen Jahresbericht der Meldestelle Antiziganismus (MIA) wurden 2024 über 1.600 Vorfälle gemeldet – ein Anstieg um 36 Prozent. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Besonders häufig: verbale Angriffe, Ausgrenzung und rassistische Stereotype.

Der Anstieg der gemeldeten Fälle liegt laut Guillermo Ruiz, Geschäftsführer der MIA, nicht nur an der gestiegenen Bekanntheit der Meldestelle, sondern auch an einer zunehmend feindlichen gesellschaftlichen Stimmung. Viele Betroffene berichten von wachsender Ablehnung und verbalen Angriffen im öffentlichen Raum. Ruiz kritisiert auch die Rolle einiger Medien, die antiziganistische Stereotype weiterverbreiten.

Der im Mai aus dem Amt geschiedene Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Daimagüler, sagte, die dokumentierten Vorfälle zeigten deutlich, dass antiziganistische Stigmatisierung den Boden bereite für Diskriminierung und lebensbedrohliche Gewalt.

Keiner Bevölkerungsgruppe wird in Deutschland laut Studien weniger Sympathie entgegengebracht als Roma und Sinti. Besonders auffällig ist, dass Sinti und Roma in allen sozialen Schichten und über Altersgrenzen hinweg nicht als gleichberechtigt wahrgenommen werden. Die tief sitzenden Vorurteile gegenüber Sinti und Roma werden demnach nicht nur in obskuren Schichten am rechten Rand unserer Gesellschaft immer wieder reaktiviert. Nein, die deutsche Mehrheitsgesellschaft lehnt Sinti und Roma ab.

### Sinti und Roma in Wilhelmsburg

Sinti und Roma und Mitbürger\*innen mit Migrationshintergrund prägen das bunte Wilhelmsburger Stadtbild. Jedes Jahr im Frühling wird im Wilhelmsburger Bürgerhaus das Elbinsel-Gipsy-Festival veranstaltet. Wer schon einmal zu Gast bei dieser Veranstaltung gewesen ist, wird nicht nur die Musik, sondern auch die große Warmherzigkeit der Veranstalter zu schätzen wissen. Bekannteste Großfamilie der Sinti und Roma in Wilhelmsburg ist Familie Weiss, die seit rund 200 Jahren in Hamburg, seit dem 15. Jahrhundert in Deutschland lebt. (Hier stellt sich für mich auch mal die Frage, ab wann man eigentlich sogenannter „Bio-Deutscher“ ist? – Muss man schon zu Zeiten von Arminius in Germanien gelebt haben!?).

1982 wollte die Stadt die Großfamilie umsiedeln, raus aus ihren Wohnwagen an der Süderelbe, rein in feste Häuser, verteilt über ganz Hamburg. Doch die Großfamilie wollte zusammenbleiben. So baute die Stadt ihnen den Ring in Wilhelmsburg, 44 Mietshäuser für 144 Familienmitglieder, ein Modellprojekt mit dem Ziel, die Sinti besser in die Gesellschaft zu integrieren. Im selben Jahr hatte Helmut Schmidt als erster Kanzler den NS-Völkermord an den Sinti und Roma öffentlich anerkannt. Das verstorbene Oberhaupt der Familie Weiss, Emil, war 11 Jahre alt als 1939 in der Schule die Sintikinder von den anderen getrennt wurden. Eine „Zigeunerklasse“ entstand, in die alle Kinder von 6 bis 14 Jahren gingen.

Am 16. Mai 1940 wurden 1000 Sinti und Roma aus ganz Norddeutschland, davon 550 aus Hamburg, in den Fruchtschuppen C im Freihafen gepfercht und von dort über den Hannoverschen Bahnhof deportiert - viele ins Vernichtungslager Belzec im von der Wehrmacht besetzten Teil Polens. Von der Familie Weiss ist die Hälfte während des Nationalsozialismus ermordet worden. Mindestens 80 Prozent der im Mai 1940 deportierten Hamburger Sinti sollen nach Schätzungen die Lager nicht überlebt haben. Emil Weiss überlebte, weil er bei der Harburger Phoenix-Gummiwarenfabrik Waggon entlud – als Zwangsarbeiter. Dem heutigen Konsumtempel Phoenix-Center in Harburg begegnete er verständlicherweise mit gemischten Gefühlen. Der Hamburger Senat verstand die Siedlung im Georgswerder Ring auch als eine Geste der Wiedergutmachung.



*Das Museum der Erinnerung: An seiner Hauswand sammelt Emil Weiss die Schätze seines Lebens.  
© Madeleine Janssen*

Die demütigende Suche für das Haus des Landesvereins der Sinti 2013 in Hamburg zeigte, dass Familie Weiss auch im 21. Jahrhundert gegen Diskriminierungen der Sinti und Roma kämpfen muss. Nach einem Jahr vergeblicher Haussuche fand der Landesverein im Industriegebiet Rotenhäuser Straße in Wilhelmsburg schließlich

doch noch ein Haus, weil es dort keine Nachbarn gibt, die sich beschweren können. Diese Erfahrung deckt sich mit dem Befund von Studien aus dem letzten Jahrzehnt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, wonach jeder dritte Deutsche Sinti und Roma als Nachbarn sehr unangenehm findet.

### **Psychologie der Stereotypen und Vorurteile**

Stereotypen dienen dazu, einen Gegenstand, eine Person oder eine Gruppe zu charakterisieren. Ein Vorurteil ist ein Urteil, das ohne vorherige Erfahrung über etwas gefällt wurde. Beide erfüllen für die Menschen die Funktion, Unsicherheit und Bedrohung psychisch abzuwehren. Sie dienen dazu, die Welt überschaubar zu machen, Komplexität zu reduzieren. Sie schaffen Sicherheit für das eigene Handeln. Darüber hinaus können sie zur Stabilisierung des Selbstwertgefühls beitragen und liefern mitunter ein gesellschaftlich gebilligtes Objekt für die Aggressionsabfuhr. Sie entlasten unser Alltagsbewusstsein, indem Situationen und Personen nicht immer wieder neu bewertet und interpretiert werden müssen. Sie haben also eine individuelle und eine gesellschaftliche Funktion.

Stereotypen und Vorurteile sind äußerst resistent gegen Veränderungen, da diese die Persönlichkeitsstruktur betreffen. Kurz gesagt: Sie haben eine Entlastungsfunktion, sie steuern die Wahrnehmung und verhindern damit auch neue Erfahrungen, da die Vorurteilsbehafteten den Kontakt mit den Objekten ihrer Vorurteile vermeiden. Ein Antisemit wird die Bekanntschaft mit Juden meiden, ein Rassist den Kontakt mit Ausländern. Vorurteile und Stereotypen sind wie das liebgewonnene Mobiliar unseres Weltbildes, das ungern „umgeräumt“ wird.

Der Antiziganismus speist sich aus kulturell vermittelten Bildern, Stereotypen und Sinngehalten, aus "Wissen" also, das Jahrhunderte alt ist und in immer neuen Variationen tradiert wird. Mit den realen Menschen, die von Antiziganismus betroffen sind, hat diese Vorurteilsstruktur kaum etwas gemein. Sie führt gewissermaßen ein Eigenleben. Eine zentrale Motivation, diskriminierende oder ausgrenzende Handlungen zu vollziehen, kommt aus den Vorurteilen und Stereotypen, die in der Kultur der Mehrheitsbevölkerung weit verbreitet sind. Viele deutsche Angehörige der Mehrheitsbevölkerung wachsen mit solchen Vorurteilen über "Zigeuner" auf, ohne, dass sie jemals bewusst eine/n Angehörige/n der Minderheit der Roma und Sinti kennengelernt haben. Viele dieser Vorurteile sind negativer Art, beispielsweise das Gerücht, "Zigeuner" würden Kinder stehlen.

Wie jetzt!?! – Was erzählt der Wiese denn da?! – Das kann doch nur ein schon längst überwundenes Vorurteil aus dem Mittelalter sein!

Nö, erst Ende 2013, also vor noch nicht einmal 12 Jahren, wurden in fast allen deutschen Zeitungen Bilder und reißerische Zeilen vom Sachverhalt der kleinen, süßen und auch und gerade blonden Marie, die in Griechenland bei einem Roma-Paar, das ziemlich heruntergekommen aussah, „aufgefunden“ wurde, gedruckt.

Was kam hinterher raus? Alles war völlig harmlos, also die Eltern der blonden Marie sind ihre biologischen Eltern.

Doch es gibt auch positiv anmutende Vorurteile, wie beispielsweise das romantische Bild vom "lustigen Zigeunerleben". Auf der Ebene der Sinnstruktur jedoch unterscheiden sich positive und negative Stereotype nicht. Ob es in antiziganistischen Darstellungen also heißt, "Zigeuner" seien faul und arbeitsscheu, oder ob es in vermeintlich wohlmeinenden Beschreibungen heißt, "Zigeuner" lebten fröhlich in den Tag hinein, ohne sich Sorgen um ihr Auskommen zu machen, ergibt auf der Ebene der Sinnstruktur keinen Unterschied. In beiden Fällen ist der Sinn der Aussage, zu verdeutlichen, dass "Zigeuner" nicht, wie es nach den gängigen sozialen Normen gewünscht wäre, fleißig und diszipliniert arbeiteten. Die tiefer liegende Ursache des Antiziganismus kann also in sozialen Normen und Strukturen der Mehrheitsgesellschaft gesehen werden.

Die Forscher sehen einen Grund für diese "abwertenden Aggressionen" auch in der öffentlichen Debatte zur sogenannten "Armutszuwanderung", die seit mehr als 15 Jahren geführt wird. Es ist einfach auffällig, dass die Zuwanderungsdebatte antiziganistisch geführt wird. Seit Mitte 2012 wird der Begriff "Armutszuwanderer" in der Öffentlichkeit gleichgesetzt mit dem Begriff Roma. Dadurch werden Roma die Eigenschaften zugeschrieben, die man den sogenannten Armutszuwanderern zuschreibt: Sie werden pauschal als faul und als Sozialschmarotzer bezeichnet. Es heißt, sie würden Müll und Lärm produzieren oder zur Kriminalität neigen. Wer regelmäßig Medien konsumiert, hat gelernt, dass Roma Armutszuwanderer seien.

Auch wenn das Wort "Zigeuner" selbst öffentlich nicht mehr verwendet wird, die antiziganistischen Bilder haben die Debatte um die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien sehr stark geprägt. Sensibilität für Antiziganismus in den Medien ist nicht ausreichend vorhanden. Es finden sich immer wieder - auch in öffentlich-rechtlichen Medien und in seriösen Tageszeitungen - Sätze, die so für keine andere Gruppe geschrieben würden. Die Web-Redaktion der ZDF-Nachrichtensendung

„heute journal“ titelte beispielsweise 2014: "Es kommen nicht nur Roma, es kommen auch Akademiker".

Hallo!!!!!!! - Geht´s noch!?!?! Hochqualifizierte Roma, die es selbstverständlich auch gibt, kennt die Debatte nicht, weil sie nicht ins Bild passen. Dieser Satz könnte so für keine andere Gruppe geschrieben werden. "Es kommen nicht nur Muslime, es kommen auch Akademiker", das würde zu Recht nicht als Titel für eine Nachricht durchgehen. Wenn man die Maßstäbe ansetzt, die analog von einer kritischen Rassismus- und Antisemitismus-Forschung angelegt werden, findet man kaum Beiträge, die vorurteilsfrei und minderheitensensibel sind.

Um Diskriminierungen zu vermeiden, verschweigen viele Roma und Sinti, dass sie der Minderheit angehören. Genau dadurch aber wird die stereotype Wahrnehmung noch verstärkt. Denn gerade erfolgreiche und seit langem integrierte Sinti und Roma fehlen im öffentlichen Bild dieser Minderheit (by the way: Charlie Chaplin und Pablo Picasso waren auch Sinti).

Kurz vor Ende meines Artikel noch eine kurze Zeitreise ins Jahr 1992. Ort ist Rostock-Lichtenhagen. Dort kam es nach Dauerberichterstattung und wochenlangen Debatten über Flüchtlinge, darunter auch viele Roma, zu Ausschreitungen und Brandanschlägen auf ein Asylbewerberheim. "Wären Zigeuner verbrannt, hätte es mich nicht gestört", gab damals die 16-jährige Ramona zu Protokoll. Die Schülerin hatte Benzinbomben (sogenannte Molotov-Cocktails) in ein Haus voller Menschen geschleudert.

### Fazit

Vorurteile und Stereotype sind mächtig. Es bedarf des Willens und der Einsicht, dass der Kontakt mit Minderheiten durch Vorurteile und Stereotype geprägt ist. Der Lernwille der beteiligten Menschen ist ein erster Schritt, sie aufzuweichen.

Sven-Friedrich Wiese

*Dies ist aus aktuellem Anlass eine überarbeitete Version des Artikels in der Oktober-Ausgabe 2014.*

## Kundgebung am 6.6. vor dem PK42 in Billstedt



Am 17.4. starb der 36-jährige Emall F. im Polizeigewahrsam innerhalb des PK42. Dies war der Anlass für eine Kundgebung am 6.6. vor dem PK42, einerseits zum Gedenken an Emall F., andererseits

zur Forderung nach Aufklärung der Hintergründe.

Es versammelten sich mehr als 100 Personen vor dem PK42, bei denen es sich hauptsächlich um Verwandte und Freunde von Emall F. aus der afghanischen Gemeinde handelte. Gedenkreden zu Emall F. wurden von einigen aus diesem Personenkreis gehalten. Ferner gab es eine Rede von Deniz Celik, in der er die Aufklärung der Geschehnisse forderte. Bisher ist lediglich bekannt, dass Emall F. von einem Beamten geschlagen wurde. Es gibt ein Ermittlungsverfahren gegen diesen Beamten. Deniz versicherte, dass sich die Bürgerschaftsfraktion weiterhin dafür einsetzen wird, die Geschehnisse aufzuklären. Dies ist auch der dringlichste Wunsch der Verwandten und Freunde von Emall F.

Moderiert wurde die Kundgebung von David Stoop. Wolfgang Strauß

## Vertane Chance

In der letzten Ausgabe hatten wir auf die alljährliche Fahrradsternfahrt am 22. Juni hingewiesen. Die LAG Mobilität unseres Landesverbands hatte angeregt, mit Westen erkennbar als LINKE mitzufahren.

Okay, es war heiß und es war Sonntag, aber ich war doch ziemlich enttäuscht, im Ganzen drei Westen und sechs erkennbare Genoss\*innen zu

sehen, davon vier aus unserem Bezirk. Vernetzung und Bündnispolitik muss auch auf der Straße konkret werden und kann nicht immer nur in irgendwelchen Versammlungen beschworen werden. Hundert LINKE mit Westen im Pulk wären ein Statement in Sachen Klimaschutz und Mobilität ohne Auto gewesen.

Schade, Chance verpasst.

-besel

## Termine in (und für) Mitte

### **Immer freitags, 17 bis 18 Uhr**

**Mahnwache** für den Gedenkort Stadthaus  
Stadthausbrücke/Ecke Neuer Wall

### **Dienstag, 01.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

### **Donnerstag, 10.07., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

### **Montag, 14.07., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

### **Montag, 14.07., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO HaHoBo**  
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

### **Mittwoch, 16.07., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 17.07., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**  
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

### **Freitag, 18.7., 19:00 Uhr (unter Vorbehalt)**

**Rotes Bier** – Kneipenabend des Bezirksverbands  
Deichdiele Wilhelmsburg, Veringstr. 156

### **Dienstag, 22.07., 19 Uhr**

Treffen der **LAG Klimagerechtigkeit**  
Landesgeschäftsstelle, Burchardstr. 21

### **Freitag, 25.07., 10:30 Uhr:**

**Treffen der LAG Senior\*innenpolitik**  
mit Cansu Özdemir, MdB  
Sitzungsraum, Burchardstr. 21

### **August**

### **Dienstag, 05.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel V30**, Vogelhüttendeich 30, 21107 HH

### **Montag, 11.08., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO HaHoBo**  
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

### **Donnerstag, 14.08., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

### **Mittwoch, 20.08., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 21.08., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**  
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

### **Save the date:**

### **Samstag, 06.09.**

### **Bezirksmitgliederversammlung**

Vorbereitung Landesparteitag  
Näheres + schriftliche Einladung folgen

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

## Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

### Bezirksvorstand:

### Telefon

### Mail

Rhia Baguley		
Lea Behn		
Laura		
Luzian Massarrat		
Vincent Rejmanowski		
Jamila Schrum		
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@gmx.net
Yannick Yildiz		
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Facebook	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
Im Netz:	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX